



Medienkommentar

Bargeldabschaffung droht – die eigentlichen Hintergründe



Seit Monaten wird der Öffentlichkeit vonseiten der Politik über die Medien nachdrücklich erklärt, wie altmodisch und umständlich der Einsatz von Münzen und Banknoten und wie zeitgemäß und effizient dagegen der Einsatz von Kredit- oder Chipkarten sei...

Seit Monaten wird der Öffentlichkeit vonseiten der Politik über die Medien nachdrücklich erklärt, wie altmodisch und umständlich der Einsatz von Münzen und Banknoten und wie zeitgemäß und effizient dagegen der Einsatz von Kredit- oder Chipkarten sei. Außerdem wird gebetsmühlenartig dargelegt, Bargeld fördere die Geldwäsche, begünstige die Steuerhinterziehung, leiste der Korruption Vorschub und erleichtere Terroristen die Geldbeschaffung. Wir berichteten bereits darüber.

Der unbefangene Beobachter fragt sich verwundert, wieso diese Themen gerade jetzt immer mehr aufgebracht werden. Denn schließlich existieren Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Korruption und auch der Terrorismus seit je. Und die wirklich großen schmutzigen Finanzgeschäfte werden ja ohnehin nicht mit Bargeld abgewickelt. Somit scheinen die genannten vier Gründe vorgeschoben zu sein. Finanzexperten bringen darum etwas zugespitzt auf den Punkt, was die eigentlichen Beweggründe hinter der gegenwärtigen Kampagne gegen das Bargeld sein müssen: Man will an Ihr Geld! Es lohnt sich also, etwas tiefer hinter die Kulissen zu schauen und sich zu vergegenwärtigen, womit das zusammenhängt:

Das globale Finanzsystem konnte beim Finanzcrash 2008 nur durch ein „Bail-out“ am Leben erhalten werden. D.h.: Die Staaten sprangen seinerzeit mit Steuergeldern ein und hielten zahlreiche dem Untergang geweihte Finanzunternehmen und Banken mit der Begründung, sie seien „too big to fail“ also „zu groß um zu scheitern“, künstlich mit Finanzspritzen am Leben. Diese nahmen die Vorzugsbehandlung aber anschließend nicht etwa zum Anlass, eigene Risiken einzudämmen. Stattdessen gingen sie noch höhere Risiken ein und häuften noch mehr Schulden auf. Da die Staaten inzwischen finanziell schlichtweg nicht mehr in der Lage sind, um Banken im Krisenfall erneut zu retten, wird ein weiterer „Bail-out“, sprich eine weitere staatliche Finanzhilfe in einer nächsten Notsituation nicht mehr möglich sein.

Aus diesem Grunde wurde in Europa Anfang 2016 das „Bail-in“ eingeführt. Das meint, Finanzunternehmen werden in Zukunft gerettet, indem sie zuallererst auf die Vermögen von Aktionären, Anleihebesitzern und Sparern zurückgreifen. Dieses ist bereits auf Zypern und in Italien praktiziert worden. Allerdings nicht ohne Folgen: Viele Menschen versuchen sich derzeit zu schützen, indem sie ihre Konten räumen und ihr Vermögen in Form von Bargeld horten.

Um den Menschen nun diese Rückzugsmöglichkeit zu nehmen, soll das Bargeld abgeschafft oder zumindest eingedämmt werden. Gibt es nämlich kein Bargeld mehr, sind die Menschen

gezwungen, ihr Geld bei Kreditinstituten bargeldlos zu belassen oder zu einem anderen, vermeintlich sicheren Kreditinstitut zu wechseln. Im Krisenfall können Staat und Finanzwirtschaft auf diesem Weg ohne Probleme auf private Einlagen zurückgreifen.

Doch es gibt noch einen weiteren Grund für die forcierte Abschaffung des Bargeldes. Die Zinsen bei den Banken sind inzwischen bei Null, beziehungsweise sogar im Negativbereich angekommen (z.B. in der Schweiz, in Japan und in einigen EU-Ländern). Folge des Negativzinses ist: Statt dem Einleger am Ende des Jahres auf sein Sparguthaben Zinsen zu zahlen, wird ihm in naher Zukunft sogar noch ein bestimmter Prozentsatz seines Geldes als Negativzins genommen. Auch diese Form der schleichenden Enteignung nimmt die Bevölkerung nicht einfach hin. Wie das Beispiel Schweiz zeigt, hebt ein Großteil der Bevölkerung sein Geld nach der Einführung von Negativzinsen von der Bank ab und hortet es daheim. Genau diese Entwicklung versuchen Staat und Finanzindustrie nun zu verhindern, indem sie die umgehende Eindämmung und Abschaffung des Bargeldes schönreden, fordern und vorantreiben.

Doch die Bargeldabschaffung bringt noch weitaus tiefergehende Freiheitsverluste mit sich: Darüber werden wir in weiteren Sendungen zum Thema „Bargeldabschaffung“ berichten. Bleiben Sie dran, studieren Sie auch unsere bereits veröffentlichten Sendungen zu diesem Thema und teilen Sie unsere Informationen mit Ihren Bekannten. Herzlichen Dank!

von khc.

Quellen:

<http://www.handelsblatt.com/video/finanzen/dirk-muellers-cashkurs-bargeldabschaffung-soll-sparer-unterdruecken-und-enteignen/13017318.html>
<http://www.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/trends/umfrage-unter-sparern-80-prozent-wuerden-bei-minuszinsen-das-konto-raeumen/12987904.html>
<http://finanzmarktwelt.de/bargeldobergrenze-endlich-ein-thema-fuer-die-breite-oeffentlichkeit-27944/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Finanzsystem - Geld regiert die Welt ... - www.kla.tv/Finanzsystem

#Bargeldabschaffung - www.kla.tv/Bargeldabschaffung

#Bargeld - www.kla.tv/Bargeld

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.